

2155/J XXI.GP
Eingelangt am: 20.03.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Statistik über Kinderbetreuungsplätze

Dem Vernehmen nach soll die jährlich vom Statistischen Zentralamt (Statistik Austria) publizierte Studie betreffend die Ausstattung mit Kinderbetreuungsplätzen in sämtlichen politischen Bezirken Österreichs ab dem Jahr 2002 nicht mehr erstellt werden, da die bislang vom Bildungsministerium übernommene Finanzierung offenbar nicht mehr gewährt wird.

Die hervorragende Statistik gibt detailliert Auskunft über Zahl und Art der Kinderbetreuungsplätze in ganz Österreich (Krippenplätze, Kindergartenplätze nach verschiedenen Betreuungsarten aufgegliedert, Hortplätze) und stellt so eine wesentliche Grundlage zur Beurteilung der ausreichenden Ausstattung mit Kinderbetreuungsplätzen dar, die in weiterer Folge dazu genutzt werden kann, einzuschätzen, ob eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie für betreuende Eltern in Österreich gut möglich ist. Ohne diese Statistik können sozialwissenschaftliche Arbeiten in diesem Bereich nicht mehr durchgeführt werden bzw. verliert auch die Politik eine Handlungsgrundlage, um bedarfsgerecht die Schaffung neuer Kinderbetreuungsplätze bzw. Qualitätsverbesserungen im Bestand anzuregen bzw. umzusetzen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Ist es zutreffend, dass das Bildungsministerium bislang die Erstellung der sogenannten „Kindertagesheimstatistik“ finanziell getragen bzw. unterstützt hat?
Wenn ja, welche Beträge wurden in den letzten Jahren für diesen Zweck zur Verfügung gestellt?
2. Ist es zutreffend, dass diese Finanzierung ab dem Jahr 2002 nicht mehr bereit gestellt werden soll?
Wenn nein, welcher Betrag soll für das Jahr 2002 bereit gestellt werden?
Wenn ja, wie begründen sie dies? Gibt es Vereinbarungen darüber, dass ein anderes Ministerium die Kosten für diese Statistik übernehmen wird?

3. Halten sie persönlich eine derartige Statistik im Sinne wissenschaftlicher Forschungen bzw. politischer Interventionen im Interesse einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie für wünschenswert?
Wenn ja, was werden sie tun, um die Fortführung dieser Statistik sicherzustellen?
Wenn nein, wie begründen sie dies?

4. Werden sie im Rahmen des Ministerrates das Problem der Gefährdung dieser Statistik thematisieren, um bei den anderen Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung das Problembewusstsein zu wecken bzw. gemeinsame Bemühungen in Richtung der Erhaltung dieser Statistik ergreifen zu können?
Wenn ja, wann ist mit einer derartigen Intervention zu rechnen?
Wenn nein, wie begründen sie dies?